

Statement von Stadtrat und Kämmerer Christian Zierau: „Demokratie leben und Transformation gemeinsam gestalten“

Ratsversammlung am 16. Dezember 2021 Haushaltsplan-Entwurf 2022

Sehr geehrter Herr Stadtpräsident,
sehr geehrte Mitglieder der Ratsversammlung,
sehr geehrter Herr Oberbürgermeister, liebe Mitarbeitende,
liebe Zuschauende.

I.

Demografischer Wandel, Digitalisierung, Verwaltungsmodernisierung, Bildung und der soziale Zusammenhalt, die Herausforderungen vor denen wir stehen sind riesig. Auch Sanierungsstau, Klimaschutzmaßnahmen, die Etablierung eines neuen Mobilitätsverständnisses sowie der Umgang mit Krisen und damit konkret der Katastrophenschutz stehen regelmäßig auf unserer Agenda und in unserem heute zu beratenden Etat.

Diese Herausforderungen, die „Grundlast“ an gesetzlichen wie freiwilligen Leistungen und die Aufrechterhaltung der kommunalen Infrastruktur – zum Beispiel durch Bürgerservices, Erreichbarkeit und Personalstärke – führen im Haushalt zu einem hohen Druck auf der Aufwandsseite.

Seit März 2020, also seit mittlerweile 22 Monaten, fordert die Bekämpfung der Corona-Pandemie vollen Einsatz hier vor Ort. Fast zwei volle Jahre, eine lange Zeit! Meine Tochter war ein Kind in der Grundschule, jetzt ist sie ein Teenie in der fünften Klasse der weiterführenden Schule.

Vergleichbares erleben wir zurzeit alle. Ich meine, wir Kommunen haben uns in der Pandemie gut geschlagen. Am nachdrücklichsten beweist dies das Kieler Impfzentrum im Schwedenkai: schnell aufgebaut, dann abgebaut, wiederaufgebaut und in Kooperation professionell betrieben.

Es wird aber auch deutlich, dass Kommunen und ihr Personal am Limit sind. Wir verfügen über kaum Reserven oder Resilienz – als eine Toleranz gegenüber Überlast und Veränderung. Dabei kommt es vor Ort auf uns Kommunen an! Hier im Rathaus klingelt das Telefon, hier geht eine E-Mail ein und hier stehen die Menschen vor der Tür, sie erwarten Antworten, sowie eine Stadt die funktioniert.

Kommunen müssen täglich funktionieren, ohne Krisen und in der Krise! Kommunale Selbstverwaltung und Verwaltung müssen Stadt gemeinsam gestalten. Wir schulden den Kieler*innen eine aktive Gestaltung ihrer Lebensverhältnisse und dass trotz der derzeitigen Haushaltslage, dramatischen Sanierungsstau und den Innovationsanforderungen.

II.

Der Kampf um die Etathoheit ist das zentrale Thema der Geschichte des Budgetrechts.

Er setzt ein, als Lehnsherren sich zur Sicherung der finanziellen Ressourcen für Krieg und Herrschaft genötigt sahen, ihren Bürgern weitere Abgaben aufzuerlegen. Der französische Staatstheoretiker *Jean Bodin (1529-1596)* fasst zusammen:

„Es gibt sieben Möglichkeiten, eine finanzielle Basis für den Staat zu erstellen:

- 1. Die Domänen(Staatsgüter)-einkünfte.*
- 2. Die Einkünfte aus Eroberungen von Feindesland.*
- 3. Schenkungen von Fremden.*
- 4. Tributzahlungen von Verbündeten.*
- 5. Einnahmen aus dem Handel.*
- 6. Einfuhr- und Ausfuhrzölle.*
- 7. Steuereinnahmen.*

[Zur siebten Möglichkeit staatlicher Einkunftspolitik, die die Untertanen direkt berührt, sollte erst gegriffen werden, wenn alle anderen Mittel versagt haben und eine Zwangslage es erforderlich macht, für den Staat zu sorgen.]“

Der Militärstaat wurde durch den Sozialstaat abgelöst. Aktuell geht die Industrie- zur Wissensgesellschaft über, mit der allgegenwärtigen Herausforderung der Transformation. Alte Rezepte haben ihre Wirkung verloren.

Die Gemeindeordnung Schleswig-Holstein sagt schlicht: der Haushalt soll in jedem Jahr ausgeglichen sein¹. Nach zuletzt guten Haushaltsjahren und aufgrund der Pandemie, mit einer jetzt sehr schwierigen und ambivalenten Finanzsituation ist das im Ergebnisplan 2022 zu findende Defizit von -85 Mio. Euro nachvollziehbar und verständlich.

Es war richtig im vergangenen Jahr Kurs zu halten. Es ist richtig nicht wieder Austeritätspolitik aufzurufen. Aber zur Wahrheit gehört auch, dass die letzten zwei Jahre die öffentlichen Haushalte noch eine ganze Zeit lang belasten werden und Defizite in dieser Größenordnung nicht dauerhaft vertretbar sind.

Allen wird in diesen Zeiten eine enorme Leistung abgefordert, um die Krise nicht nur zu meistern, sondern den notwendigen Innovationsschub jetzt anzuschieben. Daher geben wir mehr Geld aus, als wir einnehmen. Aber zukünftig müssen wir unseren Haushalt wieder in Balance bringen. Das schulden wir nicht nur der Gemeindeverordnung und der Kommunalaufsicht, sondern nachfolgenden Generationen. Daher sind Maßnahmen wie ein Anmiet-Stopp und temporäres Aussetzen des eigenfinanzierten Stellenaufwuchses in 2022 folgerichtig. Im nächsten Jahr werden wir gemeinsam auch die wirtschaftliche

Aufgabenwahrnehmung verstärkt angehen. **Konkret empfehle ich: umverteilen statt draufsatteln, Wirkung statt Volumen, maßvoll statt maßlos. Eben ein Fitnessprogramm statt einer Hungerkur.**

III.

Die zwanziger Jahre sollen ein Jahrzehnt der Zukunftsinvestitionen werden, verkündet die neue Bundesregierung. Investition in Sanierungen sowie in Infrastruktur sind grundlegende Voraussetzungen für das Gelingen von Transformation und gesellschaftlichen Wandel, auch in Kiel.

Wir investieren im Haushaltsjahr 2022 in einer Gesamthöhe von rund 139 Millionen Euro, wobei davon 117 Millionen Euro fremdfinanziert werden müssen. Im Finanzplanungszeitraum bis 2025 sind sogar 565 Millionen Euro für Investitionen in der Landeshauptstadt Kiel vorgesehen.

Wir investieren in den Bau von Kindertagesstätten, den Ausbau der Mobilitäts-Infrastruktur, den Bau von Feuerwehr- und Rettungswachen, Sanierungen von Schulen, den Bau von Mensen und Sporthallen. Auch werden hier die infrastrukturellen Herausforderungen städtischer IT berücksichtigt, die es uns bereits ermöglicht haben, in nur zwei Jahren aus bisher knapp 300 nunmehr 1.800 flexible Arbeitsplätze (Stichwort „Home-Office“) zu machen.

Zur Wahrheit gehört aber auch, dass wir eine kritische wie konstruktive Debatte führen müssen, wie viele Gelder sich überhaupt pro Haushaltsjahr verbauen lassen. Eine Millionen-Debatte und konkurrierende Forderungen führen nicht weiter, wenn das Geld nicht abfließt.

Wir, Verwaltung wie Selbstverwaltung, müssen hier Budgetsolidarität stärken, um die Umsetzungsquote deutlich zu steigern. Wir, Verwaltung wie Selbstverwaltung, müssen verstärkt im Sinne eines Gesamtprojektes „Stadt der Zukunft“ denken.

Die Frage darf nicht lauten: Was kann ich für mein Vorhaben tun? Sondern: Was kann mein Vorhaben zum Gesamterfolg der Landeshauptstadt Kiel beitragen? Im Moment stehen Zuständigkeiten und Ziele zu oft neben- oder gar gegeneinander. Muss eine Schule oder eine Feuerwache besonders schön werden? Hier ist es aus meiner Sicht ohne Alternative, dass wir auch über Standards in der Ausführung debattieren, um wirksam zu investieren, denn die Bedarfe sind hoch.

IV.

Die Freiheit der Einzelnen ist heute selbstverständlich. Sie geht sogar mittlerweile über Identitäten weit hinaus, so dass speziell-individuelle Perspektiven und bestimmte Gruppenidentifikationen den Bezug zum gesellschaftlichen Ganzen verstellen. Aber genau dieses gesamtgesellschaftliche Ganze ist unverzichtbar und wir müssen dafür eintreten. Zum Beispiel Krisen, Katastrophen und Schadensereignisse können die Sicherheit, die Unversehrtheit und das Eigentum der Kieler*innen gefährden. Großbrände, Unwetterereignisse, Black-Out, Cyber-Angriffe und die anhaltende Pandemie zeigen auch hier in Kiel, dass die

Gefahr nicht abstrakt, sondern real ist. **Daher brauchen wir konkrete und konsequente Maßnahmen, die finanziert, mit Personal gestärkt sind und vor allem in praktische Umsetzung kommen.**

Wir sehen jetzt die Druckstellen und die Schwächen in unserer Gesellschaft sowie in der Verwaltung deutlich, wie unter einem Brennglas. Wir wollen Kiel und die Zukunft gestalten. Dazu brauchen wir Motivation, Disziplin, Mut und vor allem Ziele. Zukunft gestalten heißt für mich Neues wagen. Raus aus der Komfortzone, raus aus der Krise! Das ist nicht immer einfach und verdammt anstrengend. Aber es kann funktionieren! Denn Wissensgesellschaft heißt auch: die Vielfalt der Herausforderungen, vor denen wir stehen, zu kennen, sich auszutauschen, um dann bessere Entscheidungen treffen zu können. Weil Alternativen bekannt, abgewogen und mit finanziellen Mitteln wie Wirkungen zusammengebracht sind.

Wir haben seit März 2020 erleben können, wie Einschränkungen uns treffen, die wir nicht für möglich gehalten haben. Wir haben aber auch gezeigt, dass wir fähig sind diesen Herausforderungen gesamtgesellschaftlich etwas entgegen zu setzen. Das bringt Zuversicht und kann die Stadt nicht nur lebenswerter, sondern zukünftig auch resilienter machen.

Alle Kieler*innen profitieren von dem in diesem Haushaltsplan-Entwurf etatisierten Maßnahmen und Projekten. Wir wollen die Pandemie gemeinsam bewältigen und die in den vergangenen Jahren erreichten Erfolge fortsetzen. Der Bund und das Land Schleswig-Holstein sind aufgefordert, ihre Kommunen jetzt nicht im Stich zu lassen. Sie tun gut daran für die angemessene finanzielle Ausstattung für die übertragenen Aufgaben zu sorgen.

Der Bundespräsident Frank-Walter Steinmeier sagt²: „*Aber in diesen Wochen wird uns eben auch sehr bewusst, dass wir jetzt beginnen müssen, für die Zukunft vorzusorgen. ... Die Pandemie führt uns vor Augen, was der Staat kann ... Die Krise hat auch die Schwächen unseres Staates, die es schon vor Corona gab, schonungslos offengelegt.*“ Und weiter: „*Die Möglichkeiten werden nicht ausgeschöpft, da es oft zu lange dauert, bis wir das umsetzen können, was wir schon als richtig erkannt haben.*“

Für die Landeshauptstadt Kiel übersetzt:

- Weniger: Mein Problem ist...
- Mehr: Wir sehen die Herausforderung und die Lösung, mein Ansatz ist...

Ich freue mich, dass alles mit Ihnen und den Kolleg*innen der Landeshauptstadt Kiel auch im nächsten weiter Jahr praktisch umzusetzen!

Danke für die bisherigen einvernehmlichen Beratungen, **ich bitte um Ihre Zustimmung für den Haushalts- und Stellenplan-Entwurf 2022.**

Vielen Dank.

1 § 75 Abs. 3 GO SH

2 www.bundespraesident.de: Der Bundespräsident / Reden / Forum Bellevue: Was kann der Staat? Lektionen aus der Pandemie